



⇒ Stefan Meyer

Von einem, der auszog, das Fürchten zu lehren. Philip Manow beobachtet die Beobachter der Demokratie

Das Wort *Freund* kann ausgesprochen entwaffnend sein. Es ist dann ein Ausdruck der Verbundenheit und Zuneigung, ohne Gedanke an Dissonanzen oder Spannungen. Wenn es jedoch ein Kenner von Carl Schmitt im Munde führt – zumal als Zusatz zu dem eigentlichen Titel *Unter Beobachtung* –, ahnt man, dass für derartige Rührseligkeiten kein Platz sein wird und es stattdessen ans Eingemachte geht. So geschehen auch beim jüngsten Essay von Philip Manow, der sich ausweislich seines Titels der *Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde* annimmt und von der ersten Seite an versucht, liebevoll gewonnene Selbstverständlichkeiten in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft ins Wanken zu bringen.

Im Zentrum von Manows Argwohn steht nämlich nichts Geringeres als die *liberale Demokratie*. Noch so eine allgegenwärtige, wohlige und scheinbar unschuldige Begrifflichkeit. Vielen Bürger:innen geht es vermutlich so wie dem Bundespräsidenten, der Deutschland wie selbstverständlich in die »Familie der liberalen Demokratien« (Steinmeier 2024, 13) einordnet und das Schaudern bekommt ob einer »Zeit, in der die liberale Demokratie, manchmal aggressiv, oft verlogen und von einigen Rechtspopulisten gar mit kalter Siegermiene angegriffen wird, die böse Erinnerungen wachruft« (ebd., 12). Aber mit der Erinnerung ist das so eine Sache. Und um den Umgang mit der Geschichte ist es ohnehin nicht gut bestellt, jedenfalls Manow zufolge. Man sei in der Naivität der unmittelbaren, unvermittelten Anschauung gefangen und habe das Denken in zeitspezifischen Konflikten und Konstellationen verlernt (vgl. 13). Die historisch informierte Einsicht, die er seinen

Kolleg:innen und Mitbürger:innen entgegenhält, lautet: *liberale Demokratie* – das hat es vor 1990 gar nicht gegeben, »weder als spezifische Vorstellung noch als distinktes institutionelles Ensemble« (11).

Philip Manow (2024): Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde (edition suhrkamp 2796), Berlin: Suhrkamp. 252 S., ISBN 978-3-518-12796-4, EUR 18,00.

DOI: 10.18156/eug-2-2024-rez-10

Man muss diese erstaunliche These sogleich qualifizieren, um die Leser:innenschaft dieser Rezension nicht zu verwirren oder vorschnell gegen den Autor aufzubringen. Manow will nicht behaupten, dass diese Bezeichnung erst um 1990 in die Welt gekommen ist, wie in einer Endnote sogleich eingeräumt wird (vgl. 193). Von der *liberalen Demokratie* war auch schon in früheren Dekaden die Rede, zumindest diese Erinnerung trägt nicht. Aber erst in den 1990er Jahren sei der Begriff gehäuft aufgetreten, und erst später, im Zuge politischer Konflikte, habe er sich als eigenständiges, distinktes Konzept ausdifferenziert (vgl. 51). Gemeint ist damit insbesondere der Vorrang der Verfassung vor dem Gesetz, ein verfassungsrechtliches Prüfmandat gegenüber Parlamentsgesetzen respektive die Delegation politischer Entscheidungen an nicht-majoritäre Institutionen (vgl. 20), ganz im Sinne einer »Demokratie mit rechtlich verbindlichem Grundrechtekatalog oder einer Verpflichtung auf internationale Menschenrechtskonventionen, deren Geltung dann gerichtlich eingelöst wird« (224) und in der die »Konstitutionalisierung und Kontrolle dieser Konstitutionalisierung durch Verfassungsgerichte als Apotheose demokratischer Entwicklung« (193) verstanden wird.

Die historische Empirie, die Manow diesbezüglich anführt, ist zumindest in chronologischer Hinsicht allerdings komplizierter, als es die Formulierung von der »um 1990« (21) vollzogenen »Geburt der liberalen Demokratie« (21) zunächst vermuten lässt. Und das nicht nur, weil der maßgebliche Konstitutionalisierungsschub auf zwei Jahrzehnte ausgeweitet wird, auf die »1980er und 1990er Jahre« (110). Vielmehr wird dem »konstitutionelle[n] Moment der liberalen Demokratie« (169) auch noch ein »ideelle[r] Moment« (169) an die Seite gestellt, wird dem »institutionelle[n] Geburtsdatum« (147) um 1990 auch noch ein »konzeptionelles Geburtsdatum« (147) um 2010 hinzugefügt, und wird überdies insinuiert, diese Niederkunft dauere immer noch an. Dem Jahr 1990 kommt laut Manow nichtsdestotrotz eine herausragende Bedeutung zu: Um diese Zeit lässt sich eine sprunghafte, annähernde Verdreifachung der Anzahl von Ländern mit Verfassungsgerichten beobachten. Insbesondere die Konstitutionalisierung in den Staaten Ostmitteleuropas identifiziert er hierfür als Ursache (vgl. 168f.). Überdies verweist er auf den Bürger- und Menschenrechtsdiskurs der damaligen Zeit und auf die enorm intensivierte Konstitutionalisierung seitens und mittels der EU, also die Etablierung einer suprastaatlichen – »und damit in einem spezifischen Sinne ent-demokratisierten« (23) – Rechtsordnung, bei gleichzeitig erheblicher Kompetenzausweitung dieser europäischen Ebene (23). Besonders eklatant wurden diese Entwicklungen im Zuge der *rule of law crisis*, als das (mit entsprechenden politikwissen-

schaftlichen Einschätzungen und Klassifikationen unterfütterte) Konzept der *liberalen Demokratie* vom Europäischen Parlament dazu genutzt wurde, um Ungarn mit Sanktionen zu belegen und den Status einer Demokratie abzusprechen – ein Vorgang, den Manow für hochgradig problematisch hält, gerade ob der Rolle seiner eigenen Zunft (vgl. 88f.).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass der Suhrkamp Verlag zunächst das Büchlein *Wir* veröffentlicht («Ein eindringliches Plädoyer des Bundespräsidenten für mehr Zusammenhalt und für den Mut, zu handeln«, wie der Verlag schreibt) und vier Wochen später den neuen Manow von der Kette lässt. Steinmeier ist bekanntlich ein promovierter Jurist mit politikwissenschaftlichem Hintergrund, der keine Gelegenheit und Äußerungsform auslässt, um die Reihen zu schließen. Selbst Auftritte vor Fachpublikum – wie auf dem DVPW-Kongress in Frankfurt am Main, auf dem er vorgeblich als ein »Objekt der Beobachtung zu seinen Beobachtern« sprach (Steinmeier 2018) – enden in Appellen wider die »antiliberalen[n] und autoritären[n] Herausforderungen« (ebd.). Manow hingegen ist jemand, mit dem kein Burgfrieden zu machen ist, schon gar nicht dieser Art. Viel lieber macht der Politikwissenschaftler von der Uni Siegen dort weiter, wo schon seine Essays *Die Politische Ökonomie des Populismus* von 2018 und *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie* von 2020¹ ansetzen: Statt entsetzt auf Orbán und Konsorten zu starren und sich dieser gemeinschaftsstiftenden Gruselerfahrung unterzuordnen, findet er die (sprichwörtlichen) Leichen im Keller der sittsamen Gesellschaft viel interessanter – und hält ihr auf Basis seiner Nachforschungen entgegen, dass es sich beim Populismus nicht um den »Gegner« (26), sondern um das »Gespenst« (26) der liberalen Demokratie respektive des Liberalismus handelt. Es sei der »Geist der von ihm erstickten Politik« (115), der schmutzige, unliebsame, womöglich sogar nationalistisch gesinnte »Wiedergänger« (26), dem man doch einen »so schönen, guten, so gerechten Tod bereitet hat« (115).

Mit der Konstitutionalisierung – einem so umfassenden Transformationsvorgang, dass man ihn Manow zufolge eigentlich als »konstitutionelle Revolution« (20) bezeichnen müsste – sei man zu weit gegangen. Man habe allerorts Verfassungsgerichte mit Normenkontrollkompetenz geschaffen, es auch mit dem aktivistischen Richter:innentum übertrieben und im Zuge dieses »*liberal overstretch*« (209, Herv. i.O.) den Raum des Politischen immer weiter eingeschränkt. Aus Angst vor

(1) Beide Bücher wurden – recht kritisch – auch hier in der *Ethik und Gesellschaft* rezensiert. Siehe dafür Schwuchow (2019) sowie Salomon (2021).

ihrem elektoral induzierten Selbstmord habe man der Demokratie die Luft zum Atmen genommen und ihre Neuausrichtung verstellt. Mit einer gewissen Folgerichtigkeit leite die Konstitutionalisierung nun in eine konstitutionelle Krise über und trage überdies zu deren besonderer Intensität bei (vgl. 44, 174). Wobei Manow sogleich korrigierend anmerkt, dass es sich um keine Krise *der* Demokratie, sondern allenfalls der *liberalen* Demokratie handle, die ohnehin ausschließlich durch die historische Brille Westeuropas (miss)verstanden werde (vgl. 91, 179; Herv. i.O.). Auch ihre Feinde (und damit auch Freunde) seien erst durch ihre Erfindung um 1990 ins Leben getreten, wie der versierte Carl-Schmitt-Exeget gleich zu Beginn seines Essays beteuert (vgl. 9).

Aber wer sind diese *Freunde* der liberalen Demokratie eigentlich, von denen im Titel des Buches die Rede ist? Manow beginnt (und schließt) mit den *Feinden*, also all denjenigen, die – jedenfalls seiner wohlwollenden Lesart zufolge – gegen die Einschränkung des Politischen im Namen seiner umfassenden institutionellen und rechtlichen Begrenzung aufbegehren und nicht damit einverstanden sind, die *elektorale Demokratie* als eine defizitäre Form zu begreifen (vgl. 17). So verstanden sind dies eben längst nicht nur die PiS- und Fidesz-Regierungen dieser Welt, nicht nur die »den eher integrations skeptischen ländlichen und frommen Wählern verpflichteten rechtspopulistischen Parteien« (214). Vielmehr stehen laut Manow alle unter Beobachtung, alle unter Korrekturvorbereitung (vgl. 178). Der gesamte Demos wird mit Argwohn betrachtet und auch das liberale Schauer Märchen einer dummen, verblendeten, demagogisch verführten Masse wiederbelebt (vgl. 143f.). In diesem Überlebenskampf der gerechten Sache erfährt auch die Kategorie des *Feindes* eine gewaltige Ausweitung: »Feind ist nun auch der mit einer anderen Geschichte, aus der heraus er *die* Geschichte nicht richtig zu verstehen scheint bzw. sich weigert, sie *richtig* zu verstehen, die richtigen politischen Konsequenzen aus ihr zu ziehen.« (180, Herv. i.O.)

Das Wort *Freunde* hingegen, obwohl im Titel erwähnt, fällt im gesamten Buch kein einziges Mal. Zu auffällig, um ein Zufall zu sein. Trotzdem ist geradezu überdeutlich, wen Manow hierbei im Sinn und Visier hat: Zuvorderst sind es jene Sozialwissenschaftler:innen, die sich »seit nun fast zwanzig Jahren« (75) obsessiv mit Abweichler:innen beschäftigen würden. An den Populismusforschern Jan-Werner Müller und Cas Mudde arbeitet er sich ganz besonders ab. Die kritischen Bezugnahmen beschränken sich aber nicht auf dieses Tandem aus Müller und Mudde, sodass sich noch viele andere Kolleg:innen und Praktiker:innen aus der Politik-, Geschichts- sowie Rechtswissenschaft adressiert

finden, gerade in den noch unverblümteren Endnoten (wie u.a. Frank-Walter Steinmeier). Manow stört sich an allen, die den Populismus moralisieren, oder noch schlimmer: die dem Irrglauben erliegen, nur zu beobachten – und dabei nicht wahrhaben wollen, »dass unsere Kategorisierungen der Politik immer und unvermeidlich politisch sind, allein schon deshalb, weil sie immer auf den Gegenstand selbst zurückwirken (können)« (18). Und die nicht reflektieren (wollen), wie sehr sie in ein System verstrickt sind, in dem die zunehmende Nachfrage nach Standards, Indikatoren und Rankings deren Angebot generiert, sich Konzepte und Messungen gegenseitig anregen, Aufsichtsagenturen ermächtigt werden und sich die politischen Handlungsspielräume immer weiter verengen (vgl. 167f.).

Manow sieht diesen »Paternalismus des ›liberalen‹ Projekts« (168), dem sie auf diese Weise zu Diensten sind, mit Grauen: »Es erscheint zunehmend unklar, welche autoritären Fantasien gespenstischer sind: diejenigen, die in Gegnerschaft zur Demokratie, oder diejenigen, die zu ihrer Verteidigung formuliert werden.« (46) Dementsprechend schonungslos ist sein Vokabular, wenn er Kolleg:innen ihre »teils naive, teils arrogante, auf alle Fälle aber problematische Selbstgenügsamkeit und Reflexionslosigkeit in Fragen der Kategorienbildung und ›Messung‹« (19) vorwirft und eine »verquere, moralistische und manichäische Welt-sicht« attestiert (39), die »offenkundig mehr der politischen Entlastung denn der analytischen Erklärung dient« (39). Was die »neuen Zertifizierungs- und Verifikationsinstanzen« (178) angeht, schießt sich Manow besonders auf das *Varieties of Democracy Project* ein. Er fügt seinem eigentlichen Essay sogar noch einen Appendix hinzu, um darzulegen, dass die schwedischen Forscher:innen nicht das messen, was sie zu messen vorgeben, sondern fragwürdige Annahmen treffen, »Verschwörungstheorien zweiter Ordnung« (142) reproduzieren und letztlich konstitutiver Teil ebenjener Krise sind, die sie lediglich zu messen glauben. Und das alles dann auch noch in Kooperation »mit einer supranationalen Institution wie der Europäischen Union« (35), was Manow offenkundig besonders grauenvoll findet.

Am Ende verspricht Manow, von den *Konflikten* und *Konzepten* auch noch zu den *Konsequenzen* überzugehen (was nicht nur qua Alliteration eine naheliegende Sache wäre) – doch bleibt er hier erstaunlich reserviert. Sein Essay endet auf dem stoisch anmutenden Satz »Die Konflikte selber, aufgrund ihres grundsätzlichen Charakters, werden aber bleiben, ob wir nun verständig oder unverständig über sie sprechen und mit ihnen umgehen.« (180) Eine Rechtfertigung dafür findet sich gut 100 Seiten zuvor: Ein »Versprechen von Intervention und

sozialer Reparatur, von Fortschritt und besserer Zukunft« (85), wie es in der sozialwissenschaftlichen Literatur keine Seltenheit ist und wie Manow es besonders in der Populismusdebatte als störend empfindet, möchte er selbst gerade nicht abgeben. Eine »offen aktivistisch[e] ›Wissenschaft« (206) ist für ihn ohnehin ein Unding, eine »rechtstheoretische oder rechtsphilosophische Arbeit« (196) respektive eine Erörterung »über das Für und Wider des Konstitutionalismus« (196) sollte das Buch nie sein. Daher enthält *Unter Beobachtung* auch kein explizites Plädoyer für ein bestimmtes Verständnis von Demokratie, so deutlich sich Manows persönliche Präferenz auch abzeichnen mag. Die Empfehlung, sich zu besinnen, die Lösung nicht in noch mehr Konstitutionalisierung zu suchen, zu historisieren, sich den Nachbardisziplinen zu öffnen, Standpunkt und Sprache zu reflektieren – das war es dann eigentlich auch schon. Manow versucht noch nicht einmal, Begrifflichkeiten wie *liberalisierte Demokratie* oder *demokratischer Verfassungsstaat* (wie es Buchstein/Müller (2024) unter Verweis auf Kielmansegg vorschlagen) in Stellung zu bringen, um der hegemonialen Redeweise von der *liberalen Demokratie* etwas entgegenzusetzen oder sie zumindest nicht selbst reproduzieren zu müssen. Ebenso wenig erfährt man, wie eine adäquatere Messung von Demokratie denn genau aussehen könnte. Manow sieht die bestehenden Alternativen zwar als fundamental problematisch an, kommt allerdings nicht zu dem Schluss, »dass Demokratie grundsätzlich nicht messbar ist und man es daher lassen sollte« (76) – doch schweigt sich ansonsten aus.

Erstaunlich ist auch, welche untergeordnete Rolle ökonomische Erwägungen spielen, obgleich der Essay doch aus der Feder eines *Professors für Internationale Politische Ökonomie* stammt. Manow bestätigt zwar die Sinnhaftigkeit, »eine Politische Ökonomie der liberalen Demokratie, in gewisser Weise als Komplement zu einer Politischen Ökonomie des Populismus« (75), zu entwickeln; und er regt zu einer netzwerkanalytischen »Historiografie der konstitutionellen Landnahme der 1990er Jahre« an (209). Die im Buch ausgelegten Spuren führen in Richtung von »liberale[n] und intellektuelle[n] Eliten« (82), also einer »europhilen, urbanen, liberal-bürgerlichen Richterschaft« (214), der »neuen akademischen Mittelschicht« (87) respektive den »neuen Mittelklassen und ihrem Politikverständnis« (75), welche »die Politik unter anderem deswegen so gerne aus Einstellungen ableiten, weil damit der sozioökonomische Hintergrund eigener wie fremder Sprecherpositionen abgedunkelt bleiben kann und sich auf diese Weise mit ›Kritik‹ Schuld kollektivieren und der moralische Gewinn privatisieren lässt« (57). Doch statt diese Beobachtung zu systematisieren und die zugehörige Debatte damit zu fundieren, ergeht sich Manow selbst in

selektiven Psychologismen und weist ökonomische Betrachtungsweisen als ideologisch respektive egoistisch motiviert zurück. Auf die lieben und weniger lieben Kolleg:innen übertragen heißt das dann: Eben weil sie zwar »dezidiert antiliberal *in matters economical*« (22, Herv. i.O.), aber »emphatisch proliberal *in matters constitutional*« (22, Herv. i.O.) seien, würden sie die wahren Zusammenhänge unterschätzen oder verkennen. Eben deshalb würden sie sich auf die wirtschaftliche Liberalisierung und Globalisierung versteifen und der vorherrschenden Neigung folgen, alle Krisen der heutigen Zeit pauschal dem (wirtschaftlichen) Neoliberalismus zuzurechnen, welcher sich Manow verwehrt (vgl. 22). Gerade Colin Crouch – also der linke Soziologe, der schon zur Jahrtausendwende die Beobachtung »democracy is increasingly being defined as liberal democracy« artikuliert (2004, 3), sich neuerdings jedoch selbst für nicht-majoritäre Institutionen wie Zentralbanken begeistert – muss hierbei als Exempel und Prügelknabe herhalten (vgl. 45, 168).

Ist *Unter Beobachtung* also das Buch eines Querulanten, der es sich leicht macht und einfach nur gegen seine Disziplin schießen will? Der nicht nur ein markantes Beispiel für die »Verhöhnung demokratischer Institutionen« darstellt (Steinmeier 2024, 37), sondern auch für eine Verrohung der politischen Sprache, »die sich triumphal als Unerschrockenheit gebärdet« (ebd., 35)? Haben wir es also nicht nur mit einem Schmittologen, sondern einem veritablen Schmittianer zu tun? Diesen Eindruck kann man durchaus gewinnen, würde es sich damit aber selbst zu leicht machen. Schon der Einstieg ist schließlich mit dem Appell »Warum wir die Demokratie, einschließlich unseres Verständnisses von ihr, historisieren müssen« (9) überschrieben und versammelt methodologische Überlegungen, um auf dieser Basis »unsere gegenwärtige politische Krise zu verstehen« (12) sowie »über die Beschränkungen und Fixierungen vermeintlich unabdingbarer, starrer Konfliktlinien und Konfliktverläufe hinaus[zugelangen« (13). Der jüngste Essay von Manow lässt sich daher treffender als eine provokante, aber wohlmeinende Intervention verstehen: eine Streitschrift, die Tendenzen überzeichnet und Befürchtungen überspitzt, damit die Heimsuchung der *liberalen Demokratie und ihrer Freunde* mit großem Getöse vor sich geht und man sich ihr nicht mit Wegducken, Augenzuhalten und Wunschdenken entziehen kann, wie es die einschlägigen Beobachter:innen sonst zu tun pflegen (respektive wie das jedenfalls Manow zu beobachten und zu befürchten scheint).

Dass sich das Buch an manchen Stellen etwas unrund liest, dass nicht völlig stringent der Frage nachgegangen wird, »seit wann, warum und

mit welchen Folgen der Begriff der liberalen Demokratie eigentlich politisch sinnfällig geworden ist« (31), wird im Nachwort in gewisser Weise selbst zugestanden (vgl. 251). *Unter Beobachtung* ist nämlich mit einem etwas anderen Fokus gestartet und überlappt sich mit anderen Fragestellungen respektive Veröffentlichungen.² Vielleicht auch deshalb werden in diesem Essay Konflikte mitverhandelt, die zumindest nicht im engeren Sinne zur Argumentation gehören. Rein fachlicher Natur sind sie jedenfalls nicht immer. Es wäre allerdings bedauerlich, wenn dies Mitbürger:innen und Kolleg:innen davon abhalten würde, sich tiefergehend mit Manows Überlegungen auseinanderzusetzen. Denn mit dem Hinweis auf die unterthematisierten Folgewirkungen von Demokratieindizes, mit der Problematisierung des (west)euro(pa)zentristischen Blicks auf Ostmitteleuropa sowie mit dem Einwurf »Wer schützt eigentlich die Politik vor dem Recht?« (66) wirft er ungemütliche Fragen auf, denen sich die Demokratie(theorie) stellen muss – und das alles mit einem Esprit, der weitere Heimsuchungen dieser Art erwarten, wenn nicht sogar erhoffen lässt.

(2) Diesbezüglich ist insbesondere auf Manows – teilweise sogar wortgleiche – Veröffentlichungen (2023a), (2023b), (2023c) sowie (2024) hinzuweisen.

⇒ Literaturverzeichnis

Buchstein, Hubertus/Müller, Tobias (2024): It's the constitutionalization, stupid! Rezension zu »Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde« von Philip Manow. Online verfügbar: <https://www.soziopolis.de/its-the-constitutionalization-stupid.html> (Zugriff am 26. Juli 2024).

Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, Cambridge: Polity Press.

Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin: Suhrkamp.

Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin: Suhrkamp.

Manow, Philip (2023a): Der Geist der Gesetze, in: Merkur Nr. 891, 5-14.

Manow, Philip (2023b): Eine Beobachtung der Demokratiebeobachtung. Zur Diagnose demokratischer Regression, in: Niesen, Peter (Hg.): Zur Diagnose demokratischer Regression, Leviathan Sonderband 40, Baden-Baden: Nomos, 83-101.

Manow, Philip (2023c): Wie die Demokratie sich per Demoskopie selbst beobachtet. Working Paper SFB 1472, no. 8. Online verfügbar: https://dspace.ub.uni-siegen.de/bitstream/ubsi/2625/4/Manow_Wie_die_Demokratie_sich_per_Demoskopie_selbst_beobachtet.pdf (Zugriff am 26. Juli 2024).

Manow, Philip (2024): Eine Beobachtung der Beobachtung der Demokratie. Zur Diagnose demokratischer Regression, in: Nida-Rümelin, Julian/Greger, Timo/Oldenbourg, Andreas (Hg.): Normative Konstituenzen der Demokratie, Berlin u.a.: De Gruyter, 313-332.

Salomon David (2021): Rezension: Repräsentation, Organisation und Demokratie. Philip Manow untersucht die paradoxe (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, in: Ethik und Gesellschaft 1/2021: Pandemie-Nach-Denken. Online verfügbar: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2021-rez-9> (Zugriff am 26. Juli 2024).

Schwuchow, Torben (2019): Rezension: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Populismus schweigen. Über zwei politikökonomische Erklärungsversuche der politischen Krise liberaler Demokratien (Philip Manow/Bruno Amable und Stefano Palombarini), in: Ethik und

Gesellschaft 1/2019: Öffentliche Theologie. Online verfügbar: [https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2019\)-rez-6](https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2019)-rez-6) (Zugriff am 26. Juli 2024).

Steinmeier, Frank-Walter (2018): Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim 27. Wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft am 26. September 2018 in Frankfurt am Main. Online verfügbar: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2018/09/180926-DVPW-Frankfurt.pdf> (Zugriff am 26. Juli 2024).

Steinmeier, Frank-Walter (2024): Wir, Berlin: Suhrkamp.

Stefan Meyer, *1994, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich »Politische Theorie und Ideengeschichte« der TU Darmstadt und Doktorand im DFG-Graduiertenkolleg »Standards des Regierens« (stefan_andreas.meyer@tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Meyer, Stefan (2024): Rezension: Von einem, der auszog, das Fürchten zu lehren. Philip Manow beobachtet die Beobachter der Demokratie (Ethik und Gesellschaft 2/2024: Zwischen privat und öffentlich: Hybride Räume im Umbruch der Corona-Pandemie). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2024-rez-10> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2024: Zwischen privat und öffentlich: Hybride Räume im Umbruch der Corona-Pandemie

Florian Höhne, Sarah Jäger, Frederike van Oorschot
 Einleitung: »Zwischen privat und öffentlich: Hybride Räume im Umbruch der Corona-Pandemie«

Hubert Knoblauch
 Die räumliche Re(kon-)figuration der Religion

Andreas Telser
 Digitalität – Privatheit – Ästhetik

Benigna Wäßler
 Who cares privacy? Erschütterte Privatheit

David Plüss
 Transformationen liturgischer Räume und Rollen. Der cultus publicus zwischen Kirchenraum und digitaler Kirche im Wohnzimmer

Johanna Di Blasi
 »Less noise, more conversation«: Das RefLab als Modell für öffentliches Christentum in Social Media

Henrike Katzer
 Umkämpftes Zuhause – Fürsorge und Autonomie in krisenhaften Zeiten

Damian Ostermann
 Applaus unseren schutzlosen Held:innen!
 Eine kritische Praxisreflexion zur Wahrnehmung, Anerkennung und Ausstattung professioneller Pflege während der Coronapandemie

Dierk Starnitzke
 Rekonfigurationen von Räumen und Rollen am Beispiel einer diakonischen Stiftung

Christine Schliesser
 Orientierung und Irritation – Herausforderungen für eine kritische Öffentliche Theologie am Beispiel der GEKE Stellungnahme zum Ukrainekrieg